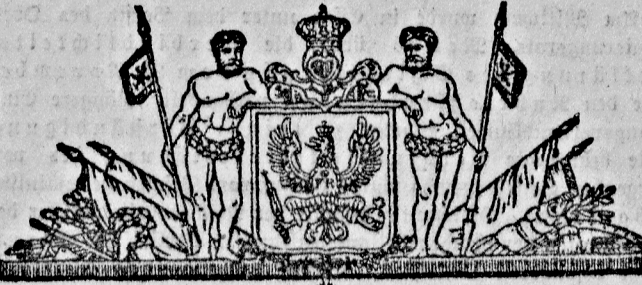


Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Gegründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Musikblatt, Recht und Leben, Turnen — Sport — Spiel, Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 1.— Mark durch unsere Boten. Durch die Post monatlich 4,30 Mark (dazu 75 Pfennig Bestellgeld). Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark mm-Zeile 25 Pfg., Familien-Anzeigen mm-Zeile 15 Pfg. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelszettel): Carl Misch. Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600-3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686-3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Gesamtdemission des Kabinetts Marx.

Termin der Ueberreichung noch vorbehalten. / Abhängig von einer Entscheidung des Reichspräsidenten / Wahrscheinlich Freitag oder Sonnabend.

Der Beschluß des Kabinetts.

Berlin, 10. Dezember. (Amtlich.)

Das Reichskabinett beriet heute nachmittag die durch die Wahlen zum Reichstag geschaffene politische Lage. Nach eingehender Aussprache hat sich das Kabinett dahin entschieden, daß es alsbald zurücktreten wird. Der Reichskanzler wird sich mit dem Reichspräsidenten wegen des Zeitpunktes des Rücktritts ins Benehmen setzen.

*

Die gestrige Sitzung des Reichskabinetts, die um 5 Uhr nachmittags begonnen hat, ist erst um 9 Uhr abends zu Ende gegangen, hat also vier Stunden gedauert. Aber nur der kleinste Teil dieser Zeit war der Aussprache über das Ergebnis der Wahlen am 7. Dezember und der durch sie geschaffenen politischen Situation gewidmet. Die Frage, um die sich die politische Erörterung im Kabinett gedreht hat, war: Ist das Reichskabinett nach dem Wahlergebnis in der Lage, in unnderänderter Zusammensetzung vor den Reichstag zu treten? Diese Möglichkeit war natürlich jetzt in noch höherem Grade gegeben als im Oktober, da die Frage einer Regierungsumbildung bzw. der Regierungserweiterung erörtert wurde. Damals ist die Demokratische Fraktion in mehreren Entschlüssen dafür eingetreten, daß das Kabinett der Mitte vor den Reichstag trete und ein Vertrauensvotum für seine Politik erbitte. Es kann auf die Ergebnisse der Londoner Konferenz, auf die Stabilisierung der Währung, auf die beginnende Gesundung der Wirtschaft, als die Früchte seiner zehnmonatigen Regierung hinweisen. Das Kabinett Marx war damals innerlich so stark, daß es keine Opposition zu fürchten hatte, am allerwenigsten der Deutschnationalen, deren eine Hälfte für das Gesez über die Londoner Konferenz gestimmt hatte. Für seine Außenpolitik, baer auch in weitem Maße für seine Innenpolitik, konnte das Kabinett Marx auf die wohlwollende Unterstützung der Sozialdemokraten rechnen. Das gilt jetzt nach den Wahlen noch mehr als im Oktober, denn die Parteien der Mitte sind aus dem Wahlkampf mit Gewinn an Mandaten hervorgegangen, die Deutschnationalen und die deutschösterreichische Rechte aber haben den Gesamtverlust von 27 Mandaten zu verzeichnen. Während die Sozialdemokratie 31 Sitze gewonnen hat.

Auch im neuen Reichstage hätte ein Kabinett der Mitte, die Regierung Marx, von einer deutschnationalen Opposition die zahlenmäßig geringer wäre als vorher, noch weniger zu befürchten. Es hätte also ruhig im Januar vor den neuen Reichstag treten können — wenn die Mitte eben noch bestände. Aber wie im Oktober die Deutsche Volkspartei die Regierungskrise heraufbeschwor,

und schließlich die Auflösung des Reichstages herbeigeführt hat, weil sie nicht mehr die Mitte, sondern die Einbeziehung der Deutschnationalen, d. h. den Rechtsblock, erzwingen wollte, so hat die Deutsche Volkspartei auch gestern die Koalition der Mitte gesprengt und damit das Kabinett Marx zur Gesamtdemission gezwungen. Denn im Kabinett lag gestern, als es sich versammelte, der offizielle Beschluß, der ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ablehnte und das mit den Deutschnationalen forderie. Das Kabinett sah sich also der Tatsache gegenüber, daß eine der Parteien, auf die es sich stützte, die weitere Gefolgschaft in der Koalition der Mitte verweigerte. Es kam deshalb zur Auffassung, daß die Regierung Marx als Kabinett der Mitte nicht vor den neuen Reichstag treten könne, und sodann zum prinzipiellen Beschluß auf Gesamtdemission.

Diese Gesamtdemission ist nicht sofort überreicht worden, der Zeitpunkt des formellen Rücktritts ist offengelassen worden. Das ist ein Novum in Deutschland und erklärt sich daraus, daß im Kabinett Ungewißheit darüber bestand, ob es möglich sein würde, sofort aussichtsreiche Verhandlungen über eine Neubildung der Regierung zu eröffnen. Es sind nur wenige der wiedergewählten oder neugewählten Abgeordneten in Berlin, die Fraktionen müssen sich erst bilden und können nicht so rasch versammelt werden. Der Wunsch war allgemein, daß zwischen der formellen Gesamtdemission und den ersten Verhandlungen über eine Regierungsneubildung nicht eine allzu große Frist liege. Die Entscheidung über den Zeitpunkt der Ueberreichung der Demission ist deshalb dem Reichspräsidenten überlassen worden, mit dem sich der Reichskanzler heute ins Benehmen setzen soll. Für wahrscheinlich gilt, daß der formelle Rücktritt des Kabinetts Marx am Freitag oder am Sonnabend erfolgen wird und daß es dem Reichspräsidenten möglich sein wird, bis dahin die ersten Schritte zur Lösung der Regierungskrise zu unternehmen. In welcher Form der Reichspräsident die Lösung erstreben wird, ist nicht vorauszusagen; zunächst wird der Reichspräsident die führenden Männer der einzelnen Parteien zu sich bitten, um ihre Meinung zu hören. Inzwischen werden auch wohl die Parteien zueinander Fühlung zu nehmen versuchen.

*

In der gestrigen Kabinettsitzung beantragte der Reichsarbeitsminister den sofortigen Erlaß einer Verordnung zur Ausführung des Paragraph 7 der Arbeitszeitverordnung in Kokerereien und Hochöfenwerken. Das Kabinett beschloß jedoch, das Gutachten des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates in dieser Frage abzuwarten unter der Voraussetzung, daß dieses Gutachten spätestens zu Beginn des nächsten Monats vorliegen wird, so daß gegebenenfalls eine Verordnung bis zum 1. März 1925 in Kraft gesetzt werden kann.

Landtagsauflösung in Bayern?

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

* München, 10. Dezember.

Der Kampf um das Konkordat wächst sich zu einem Kampf um das Weiterbestehen des jetzigen Landtages aus. Das Plenum, das sich morgen mit der Angelegenheit beschäftigen sollte, ist, da der Ausschuß noch nicht mit seinen Beratungen zu Ende gekommen ist, vertagt worden. Der Verfassungsausschuß hat sich heute gleichfalls auf morgen vertagt, um den Fraktionen die Möglichkeit zu internen Aussprachen zu geben. Die Haltung der Deutschnationalen, die von Anfang an zweifelhaft war, sich in den letzten Tagen aber wieder mehr für die Annahme des Gesetzes zu entscheiden schien, ist nunmehr durch die ablehnende Beschlußfassung der evangelischen Gemeinden ins Wanken gekommen. Freiherr Dr. v. Pechmann, der in dieser Sitzung gegen das Gesez sprach und sich gleichzeitig im „Frankischen Kurier“ sehr entschieden dagegen erklart hatte, war früher Präsident der Landessynode und erfreut sich noch heute in der Synode des größten Einflusses. (Es ist nicht uninteressant, daß Herr v. Pechmann zu den Gründern der Bayerischen Volkspartei gehört.) Der jetzige Synodalpräsident Bachmann ist nach Berlin gereist. Man wird

wohl nicht in der Annahme fehlergehen, daß er mit seinen Amtsbrüdern im Norden über die Angelegenheit beraten will. Wenn der Ausschuß der Vertagung der Beratung des Konkordats zustimmt, ist es kaum zweifelhaft, daß damit dem Gesez das Verdict gesprochen ist. Auf Seiten der Bayerischen Volkspartei aber besteht Neigung, im Falle der Ablehnung des Konkordats die Auflösung des Landtages zu beantragen. Nach einem Anlaß dazu hat man schon lange gesucht. Der Landtag in der Zusammensetzung, wie der 6. April sie ihm gegeben hat, entspricht ihrer Auffassung nach nicht mehr dem Willen des Volkes.

Das Gericht beim Reichspräsidenten.

Die vom Gericht in Magdeburg angeordnete Konfrontierung des Zeugen Syrig mit dem Reichspräsidenten hat gestern nachmittag in der Wohnung des Reichspräsidenten in Anwesenheit des Gerichts, der Verteidiger und des Abgeordneten Wittmann stattgefunden. Die Vernehmung zog sich bis 1/2 9 Uhr abends hin, ist also sehr eingehend gewesen. Ueber den Inhalt ließ sich gestern aus prozessualen Gründen noch nichts berichten, da dies erst zulässig ist, nachdem das darüber aufgenommene Protokoll der Gerichtssitzung in Magdeburg am Donnerstag verlesen sein wird.

Severing.

Bevor die Wahlen über den Wahlkampf geschlossen werden, ist es am Plage, noch einmal einen Rückblick über die Wahlagitiation zu tun, um zu verhindern, daß gewisse Wahlkämpfer weiter unaufgeklärt die politische Atmosphäre vergiften. Auch der Wahlpropaganda sind Grenzen gezogen, deren Ueberschreitung entwürdigt. Keine andere Partei hat sich im letzten Wahlkampf mit derselben Rücksichtslosigkeit über diese Grenzen hinweggesetzt wie die Deutschnationalen. Die zahlreichen Beispiele sind noch in frischer Erinnerung, so daß kurze Hinweise genügen können; Selbst die Mordtaten Angersteins mußten dazu herhalten, als Folge der demokratischen Politik hingestellt zu werden. Unvergessen werden auch die Berunglimpfungen des Reichspräsidenten wegen seiner Herkunft aus dem Arbeiterstande bleiben, durch welche die Rechtsparteien den Standesbüffel der in ihnen maßgebenden Kreise dokumentiert haben.

Systematisch wurde und wird noch vor allem gegen den Minister Severing geheht. Die Abwehr dieser Angriffe kann nicht allein der sozialdemokratischen Parteipresse überlassen werden. Severing ist nicht nur sozialdemokratischer Politiker, sondern er ist der preussische Innenminister, der seit Jahren seine Kraft mit Erfolg in den Dienst der Allgemeinheit gestellt hat. Die deutschnationalen Angriffe gelten nicht so sehr seiner Person als dem republikanischen System überhaupt. Sie zielen darauf ab, die Republik selbst in Mißkredit zu bringen und den Anschein zu erwecken, als sei etwas faul im Staate Preußen.

Es kann nicht in Frage kommen, die zahlreichen und unfundierten Vorwürfe gegen Severing in einzelnen zu widerlegen. Der herabsetzenden Kritik sei als beste Abwehr gegenübergestellt, was Severing geleistet hat.

Er übernahm sein Portefeuille zu einer Zeit, in der durch das Rapp-Unternehmen das Vertrauen zur Aufrechterhaltung der Staatsordnung im In- und Auslande aufs schwerste erschüttert war. Wichtige Verwaltungsorgane waren beim ersten Signal ins Lager der Putzschiffen übergegangen. Auch die Polizei hatte nicht überall standgehalten. Eine gründliche Reorganisation von Verwaltung und Polizei tat bitter not. Severing hat sich dieser Aufgabe mit Energie, Geschick und Mäßigung unterzogen. Er stand zwischen zwei Feuern. Seine Parteigenossen riefen nach radikalen Maßnahmen. Auf der anderen Seite mußte auf das republikanische Bürgertum und auch auf diejenigen Kreise Rücksicht genommen werden, die zwar der Republik ohne Sympathien gegenüberstanden, sie aber zu unterstützen bereit waren. Die Widerstände von rechts sind in dem Kabinett der Großen Koalition nicht geringer geworden. Der volksparteiliche Abgeordnete Professor Leibig hat auf dem Dortmunder Parteitag öffentlich erklärt, daß die Volkspartei „gewissermaßen um jeden einzelnen Beamten einen Kleinkampf mit Severing geführt habe“. In dieser unklärenden Stellung fand Severing den richtigen Weg. Er bewies sich als Staatsmann, der über die Parteiziele hinaussieht.

Das Ansehen, das er innerhalb der sozialdemokratischen Partei genießt, nützte er im Interesse des Staates aus. Wenn die Zeit der Hungerkrawalle Ende vorigen Jahres relativ leicht und ohne ernsthafte Gefährdung der öffentlichen Ordnung überstanden wurde, so ist das nicht zum geringsten Teile darauf zurückzuführen, daß auf Initiative Severings und seiner Parteigenossen in politischen Ämtern durch die Arbeiterführer aufklärend und beruhigend auf die Volksmassen eingewirkt wurde. In glücklicher Weise arbeiteten damals Politiker und Polizei zusammen. Die Polizei legte sich größte Mäßigung auf und vermied peinlich aufreizende Maßnahmen und unnötiges Blutergießen. Die Folge, die damals durch dies Zusammenarbeiten der Behörden mit den Arbeiterorganisationen erzielt worden sind, weisen den Weg für die nächste Zeit, in der soziale Auseinandersetzungen unvermeidlich erscheinen.

Während Bayern, Sachsen und Thüringen zeitweise von heftigsten Unruhen erschüttert wurden, kam es in Preußen während der Regierung Severings in den schwersten Jahren seit 1921 zu keiner ernstlichen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, so oft sie auch durch radikale Elemente bedroht wurden.

Die auf der Londoner Konferenz durch Vereinbarung mit den großen Mächten des Auslandes geschaffene Basis zum